



7

Hannes Rockenbach, Stadtrat (Parteiloses Bündnis SÖS),
Kandidat bei der Wahl zum Oberbürgermeister

Nach-Denk-Zettel Nr.

Schaden von Stuttgart abwenden: Stuttgart 21 beenden – Kopfbahnhof 21 realisieren!

Stuttgart und Baden-Württemberg brauchen intelligente, vernetzte Verkehrssysteme, die den Autoverkehr reduzieren, damit die CO₂-Belastung gesenkt wird. Der Regional- und Nahverkehr muss ausgebaut und verbessert werden. Der modernisierte Kopfbahnhof, das Modell K 21, ermöglicht den integralen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild, ist leistungsfähiger als der Tunnelbahnhof und hilft, Verkehr auf die Schiene zu verlagern. K 21 schafft Arbeitsplätze für regionale Betriebe und kann sofort gebaut werden. K 21 erhält die ökologisch wichtigen Gleisflächen und gefährdet nicht das Mineralwasser. Und K 21 erhält ein bedeutendes Baudenkmal.

MP Kretschmann hatte Recht, als er feststellte, dass S 21 dagegen „in ganz dramatischer Weise die Verkehrspolitik, die Finanzen und die Politik insgesamt in eine falsche Richtung lenken wird“. Er hat Recht, weil S 21 den Schienenverkehr zurückbaut, zu mehr Güter- und Autoverkehr auf der Straße führt und den Stadthaushalt auf Jahre hinaus blockiert. Diese falsche Richtung kann kein Oberbürgermeister unterstützen. Die Volksabstimmung hat weder Stuttgart 21 in ein vernünftiges Projekt verwandelt noch den Konflikt um Stuttgart 21 gelöst. Der Konflikt hört erst auf, wenn seine Ursache beendet wird. Zum Wohle aller Stuttgarterinnen und Stuttgarter muss der neue Oberbürgermeister Stuttgart 21 verhindern helfen und in einem breiten Beteiligungsprozess die bessere Alternative K 21 realisieren. K 21 kann immer noch verwirklicht werden, weil der Bau von Stuttgart 21 noch nicht begonnen wurde. Bisher wurde nur zerstört. Der heutige Kopfbahnhof wird bis zum Rückbau des Gleisvorfeldes in 10 bis 15 Jahren immer noch leistungsfähiger sein als der Tunnelbahnhof. Neben dem politischen Druck, der durch die Wahl eines Stuttgart 21-Gegners zum Oberbürgermeister entstehen würde, sehe ich eine Reihe von Ansatzpunkten, Stuttgart 21 gemeinsam zu verhindern.

1. Alle Verträge werden mittels einer Feststellungsklage gerichtlich überprüft. Dabei wird sich herausstellen:

- Die Rahmenvereinbarung zu S 21 von 1995 widerspricht dem Abwägungsgebot des Baugesetzbuches bzw. des Gemeinderats bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.
- Die Finanzierungsvereinbarung zu S 21 ist wegen ihrer unzulässigen Mischfinanzierung verfassungswidrig.
- Die Änderung der Kaufverträge mit der Bahn AG vom 04.10.2007 bedeuteten wegen des darin festgehaltenen Zinsverzichtes der Stadt von 212 Mio. Euro eine grobe Veruntreuung von Steuergeldern.

Der Vertrag muss rückabgewickelt werden oder die Bahn AG muss eine Nutzungsgebühr für die genutzten städtischen Grundstücke zahlen.

- Die Stadt wird juristisch die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, deren Grundstücke von der Unterfahrung durch S 21 bedroht sind.
- 2.** Die Ergänzungsvereinbarung zwischen dem Land, der Stadt und dem Verband Region vom 25.09.2007, Ziffer 2, wird widerrufen, da dadurch auf vertraglich vereinbarte Verzugszinsen verzichtet wird und der Stadt ein Vermögensschaden entstanden ist. Außerdem wird die in der Finanzierungsvereinbarung in Ziffer 5 an das Land übertragene Ermächtigung, im Namen der Stadt die Finanzierungsvereinbarung mit der DB und dem Bund abzuschließen, widerrufen.
- 3.** Die Stadtverwaltung wird die Planrechtfertigung von S 21 in den noch nicht planfestgestellten Planfeststellungsabschnitten angreifen.
- 4.** Die Stadt wird ihre Mitgliedschaften im Kommunikationsbüro und Turmforum kündigen und die Werbeausstellung im Rathaus abbauen.
- 5.** Das Amt für Öffentliche Ordnung hebt alle Allgemeinverfügungen auf und wird in Zukunft keinen Polizeischutz für Baumaßnahmen für S 21 mehr anordnen.
- 6.** Der neue Oberbürgermeister schlägt dem Gemeinderat einen Bürgerentscheid über die Mehrkosten bei S 21 in der ersten Jahreshälfte 2013 vor.
- 7.** Der neue Oberbürgermeister initiiert eine sachlich fundierte Informationskampagne für K 21, ein sinnvolles Nahverkehrskonzept und einen internationalen Architektenwettbewerb für die Modernisierung des Kopfbahnhofes. Alle Risiken von Stuttgart 21 werden transparent in allen städtischen Medien veröffentlicht. Alle Verträge und Nebenabreden werden veröffentlicht.

Ich werde die Aussetzung aller Zahlungen für Stuttgart 21 anordnen, bis alle Fakten auf dem Tisch und alle offenen Fragen geklärt sind, v.a. die Finanzierung, die Planungen auf den Fildern und das Grundwassermanagement.

Dies alles ist nur durchsetzbar, wenn hinter dem neuen Oberbürgermeister eine starke Bürgerbewegung steht. Deswegen muss, unabhängig vom Wahlergebnis, der bürgerliche Widerstand gegen Stuttgart 21 weitergehen!